

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875

1.4.1875 (No. 76)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 1. April.

№ 76.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 Mark 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einschickungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennig. Briefe und Gelder frei.

1875.

Auf das mit dem 1. April begonnene zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands, des Elsses und der Schweiz fortwährend Bestellungen an. Preis, im Großherzogthum Baden, die Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf., in Karlsruhe 3 Mark 50 Pf. Insetionsgebühr 18 Pfennig die gespaltene Petitzeile.

Zur Bequemlichkeit unserer Abonnenten in Karlsruhe haben wir vom 1. Januar 1875 ab die bekannt gegebenen Agenturen errichtet, bei welchen Abends von 7 Uhr ab die Karlsruher Zeitung in Empfang genommen werden kann.

Durch unsere Träger wird die Zeitung nur noch Morgens ausgegeben.

Die Abonnementsgebühren werden nach wie vor von uns direkt erhoben.

Telegramme.

† Berlin, 30. März. Gegen den Fürstbischof von Breslau, Dr. Förster, ist der „Post“ zufolge der Prozeß auf Amtsentlassung vor dem kirchlichen Gerichtshof fest beschlossen und die Suspendirung wahrscheinlich bereits verfügt. — Die in der Augsburger „Allgem. Zeitung“ wiederholte Nachricht von der Erhebung des Staatssekretärs v. Bülow durch den Geh. Leg. Rath v. Radowiz wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ als total unbegründet erklärt.

† Breslau, 30. März. Der Fürstbischof Dr. Förster hat gestern eine Aufforderung des Oberpräsidenten der Provinz zur Niederlegung des bischöflichen Amtes erhalten. Spezieller Anlaß war, abgesehen von dem prinzipiellen Widerstande des Fürstbischofs gegen die Kirchengesetze, dessen ausdrückliche Bezugnahme auf die Encyclica in einem amtlichen Schriftstück.

† Wien, 30. März. Einem Telegramm der „N. freien Presse“ aus Belgrad zufolge haben 37 Abgeordnete dem Fürsten eine Dankadresse unterbreitet für die von ihm ergriffenen energischen Schritte zur Rettung der Würde des Thrones und der Ehre des Parlaments.

† Paris, 31. März. Ein amtliches Dekret verbietet die Ein- und Durchfuhr nordamerikanischer und kanadischer Kartoffeln und aller zu deren Verpackung verwendeten Gegenstände für das französische Gebiet.

† Barcelona, 30. März. Ein karlistischer Oberstleutnant und 24 karlistische Freiwillige haben bei dem General Jovellar um Amnestie nachgesucht.

† Madrid, 30. März. Der frühere Gouverneur der Havana, General Concha, hat dem König eine Petition überreicht, worin er den gegenwärtigen Kriegsminister und früheren Gouverneur der Insel, General Jovellar, beschuldigt, die dortige ungünstige Lage durch die während seiner Verwaltung als Gouverneur getroffenen Maßregeln herbeigeführt zu haben.

Deutschland.

* Berlin, 29. März. Offiziös wird geschrieben: In dem Gesetzentwurf über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden war bekanntlich die Regelung der staatlichen Aufsichtsbefugnisse ein besonderes, schon in der Vorbereitung begriffenes Gesetz vorbehalten. Nachdem jedoch die Kommission des Abgeordnetenhauses die wichtigsten Grundzüge dieses Aufsichtsbefugnisses der Staatsbehörden in den vorliegenden Gesetzentwurf aufgenommen hat, wird eine weitere ergänzende Vorlage vorläufig unterbleiben können. Ueberhaupt scheint die Regierung mit der Aufnahme, welche dieses Gesetz gefunden, und mit den Abänderungen der Kommission zufrieden zu sein. Unmittelbar nach Wiedereröffnung des Landtags wird auch der bekannte Wehrensmitigliche Antrag auf gleichzeitige Sperrung der Bezüge aus dem Kirchenvermögen im Falle der Entziehung der Staatsdotirung zur Entscheidung kommen, und es erhält sich die Ansicht, daß dieser Zusatz sowohl bei der Regierung, als bei der Majorität der Volksvertretung Zustimmung finden werde. — Wie schon gemeldet, ist dem Bundesraths-Anschluß für Justizwesen eine statistische Uebersicht der in sämtlichen deutschen Staaten vorhandenen kathol. Orden und Kongregationen zugegangen. Es ist dies in Folge des bezüglichen Bundesraths-Beschlusses geschehen, welcher zur weiteren Ausführung des Jesuitengesetzes einen solchen statistischen Nachweis verlangte. Nach dieser Zusammenstellung beläuft sich, wie man der „Wes.-Ztg.“ schreibt, die Zahl der im Deutschen Reiche vorhandenen Orden und Ordensniederlassungen auf etwa 1090, von denen einige 80 männlichen Orden und etwas mehr als 1000 weiblichen Orden angehören. Die Gesamtzahl der Ordensmitglieder ist auf etwa 9000 angegeben, von denen etwa 8000 weibliche sind. Bemerkenswerth ist, daß nur etwa die Hälfte der Orden und Niederlassungen humanitäre Zwecke, wie Krankenpflege, verfolgen.

In erster Linie also handelt es sich um die weitere Ausführung des Jesuitengesetzes; damit ist indessen, wie das Blatt hervorhebt, nicht ausgeschlossen, daß im weiteren Verlauf der Beratungen über diesen Gegenstand Seitens des Bundesraths die prinzipielle Regelung des Ordenswesens angeregt wird. — Wie der „N. Z.“ von hier geschrieben wird, trifft man im statistischen Amte des Deutschen Reiches Vorkehrungen für die Aufnahme der Gewerbebestattistik, welche bei der im Dezember d. J. stattfindenden Volkszählung zum ersten Male erfolgen soll. Es wird demnach in diesem Amte eine Kommission zusammentreten, um die näheren Modalitäten festzustellen. Eine andere Erhebung findet gleichzeitig im Handelsministerium statt, betreffend die Aufnahme der humanitären Bestrebungen für die Arbeiter. Ueber den Umfang dieser Aufnahmen sind Anordnungen bereits ergangen.

Die in der deutschen Presse zuerst aufgetauchte beunruhigende Nachricht, daß im Falle der Anwesenheit der Welt-Ausstellung zu Philadelphia die amerikanischen Gläubiger sich zur Befriedigung ihrer Forderungen an die angestellten Gegenstände halten könnten, war bisher nur von dem Generaldirektor der Ausstellung in einem Telegramm an die Reichskommission auf Grund eines Rechtsgutachtens des Attorney-General demontirt worden. Da der betreffende Generaldirektor der Welt-Ausstellung kein Staatsbeamter der Union ist, hatte sein Telegramm keinen offiziellen Charakter und man mußte zur endgiltigen Klärung der Angelegenheit die Entscheidung der amerikanischen Regierung abwarten. Diese ist nunmehr erfolgt. Der Staatssekretär Hamilton gibt am 23. d. M. an den amerikanischen Gesandten in Paris, Hrn. Washburne, zur weiteren Mittheilung an die übrigen Legationen folgendes Telegramm gerichtet, welches die frühere Mittheilung des Generaldirektors vollkommen bestätigt: „Washington, 23. März. Der Attorney-General (Justizminister) entscheidet, daß bei einem Bankrott der Ausstellung die angestellten Artikel nicht als Pfand für die von der Ausstellung gemachten Auslagen dienen können. Schicke Kopie dieser Entscheidung mit nächster Post.“ — Nach der „Köln. Ztg.“ gilt es als zweifelhaft, ob Graf Harry v. Arnim persönlich bei den Verhandlungen seines Prozesses in zweiter Instanz erscheinen wird.

* Berlin, 29. März. Die „N. A. Z.“ schreibt: In Bezug auf die Stellung zu Rom begegnet man neuerdings in der französischen Presse einigen Symptomen, welche Beachtung verdienen. Der liberale „Progrès de Lyon“ bemerkt, der Papst dürfe doch nicht ungeprüft solche Encycliken in die Welt setzen und verbreiten, wie die jüngste Quod nunquam; Deutschland habe in dieser Sache das gute Recht und den gesunden Sinn (le bon droit et le bon sens) auf seiner Seite. Ob dieser christlichen und unbefangenen Aeußerung wird dem Blatte von Lyon im „Français“ der Text gegeben, dabei aber das werthvolle Eingeständniß gemacht, daß Jürst Bismarck in der radikalen (richtiger: liberalen) französischen Presse warmer Anerkennung begegne — „l'approbation chaleureuse“. Nicht zu übersehen sind auch die Worte im „Charivari“: „Sehen wir ab von dem nur zu gerechten Haß, den jedes französische Herz gegen Preußen hegt. Diese Gefinnungen werden ohnehin Bestand haben. Aber wie, wenn ein Feind die Sache der Wahrheit in die Hand nimmt, soll man diese Sache im Stiche lassen, um ihm die Spitze zu bieten? Das würde sinnlos sein! (Ce serait absurde!)“ Die Einmüthigkeit des Papstes in die inneren Beziehungen der Regierungen und Völker ist ein schreiender Mißbrauch (abus flagrant). Daß Hr. v. Bismarck gegen diesen Mißbrauch ankämpft, ist doch kein Grund für uns, denselben heilig zu sprechen?“

* Berlin, 29. März. Von den Gesetzentwürfen, welche in den Kommissionen des Abgeordnetenhauses der Vorberathung harren, nimmt derjenige über die Rechtsverhältnisse der Alt-katholiken nach mehreren Richtungen hin eine hervorragende Bedeutung ein. Die Regierung widmet dieser Angelegenheit eine sehr große Theilnahme und ist mit ihrer Erledigung im Sinne des Petri'schen Gesetzentwurfs durchaus einverstanden; wir hören aber, daß auch die bei der ersten Lesung des Entwurfs von verschiedenen Seiten vorgebrachten Bedenken im Kultusministerium zu einer erneuten Erwägung der Materie geführt haben, und von in Folge dessen schon in den Kommissionsberatungen, muthmaßlich genauer als dies im Plenum der Fall war, erkennbar sein wird, in welchem Umfange die Regierung sich die Vorschläge des Abgeordneten Petri zu eigen machen will. Bei dem vorhandenen Entgegenkommen auf allen Seiten ist mit Sicherheit anzunehmen, daß ein Alt-katholiken-Gesetz zu den Ergebnissen der gegenwärtigen Landtags-Session gehören wird, zumal da nach bestimmten Anzeichen eine Anzahl deutscher Regierungen gewillt ist, die Verhältnisse der Alt-katholiken in ihren Landesgebieten ganz nach dem preussischen Vorgange zu ordnen. — Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß die Mehrzahl der aus Preußen ausgewiesenen Jesuiten und sonstigen katholischen Geistlichen in Holland eine Zuflucht gesucht hat und an der Grenze die Agitationen fortsetzt, zu deren Unterdrückung ihre Ausweisung erfolgt war. Die Regierung ist deshalb darauf bedacht, so weit es in ihren Kräften steht, diesem Treiben die Spitze abzubrechen, und hat ein sehr strenges Beaufsichtigungsverfahren und andere bezügliche Maßregeln

in den betreffenden Grenzbezirken angeordnet. — Die vielfach verbreitete Nachricht, daß der Bankpräsident v. Dechend von seiner jetzigen Stellung zurücktreten würde, weil er mit der Tendenz des Reichs-Bankgesetzes nicht übereinstimme, können wir positiv als falsch bezeichnen. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß Hr. v. Dechend an der Spitze der Reichsbank verbleiben wird, und die Annahme, daß derselbe einem Gesetze Opposition mache, welches in Kraft getreten ist, findet in nichts ihre Bestätigung. Wohl aber kann mit Bestimmtheit gemeldet werden, daß Hr. v. Dechend eifrig mit der Ausführung des Bankgesetzes beschäftigt ist und der Errichtung von Bankfilialen und Agenturen in ganz Deutschland eine sehr lebhaftes Fürsorge widmet. — Mit dem 1. Oktober d. J. wird außer dem Geh. Oberregierungsath Dr. Wiese auch der Geh. Oberregierungsath Dr. Stieve aus seiner Stelle als vortragender Rath im Unterrichtsministerium ausscheiden. Zum Nachfolger des Letzteren ist angeblich der Provinzial-Schulrath Dr. Stauder aus Koblenz designirt. — Die „Köln. Ztg.“ schreibt:

In Bestätigung und theilweiser Ergänzung der Angaben, welche über den Zusammenritt und die nächste Arbeit der parlamentarischen Reichs-Justizkommission nach der „N. A. Z.“ mitgetheilt worden, können wir zunächst daran erinnern, daß die jetzt wieder in Vorschlag gebrachte Reihenfolge der Arbeiten gleich Anfangs lebhaft bestritten und nur mit einer winzigen Mehrheit abgelehnt worden ist. Der Vorsitzende der Kommission, Maquet, hat sich, ohne sich an der Diskussion direkt zu betheiligen, privatim entschieden für die Vornahme der Civilprozeß-Ordnung erklärt, und die Abgg. Bött, Marquardsen, Schwarze, Struckmann u. A. haben ausführlich die Gründe entwickelt, weshalb dieser Anfang sowohl aus inneren als äußerlichen Gründen dem Beginne mit dem Gerichtsorganisations-Gesetz vorzuziehen sei. Was dabei unter Anderem wegen der Kollision mit den wichtigsten Landtags-Arbeiten, wohl zu unterstreichen von dem diesen Zusammenreffen mit den preussischen und bayerischen Landtags-Sessionen, bemerkt wurde, hat sich vollaus bestätigt, und so nimmt die sichere Nachricht nicht Wunder, daß Kommissionsmitglieder, welche bei der ersten Entscheidung anders stimmten, sich jetzt mit der Auffassung der genannten Kollegen einverstanden erklären. Wie wir hören, ist es höchst unwahrscheinlich, daß die zugleich dem bayerischen Landtag angehörigen Kommissionsmitglieder schon gleich am 14. April an den Kommissions-Sitzungen Theil nehmen können, da die eigenthümlichen Stimmverhältnisse in der dortigen Kammer die Anwesenheit aller Mitglieder bis zum Schluß der Verhandlungen absolut erheischen. Man hofft jedoch, daß wenige Tage weiter genügen werden, um diesen Widerstreit der Pflichten zu beseitigen. Uebrigens sind dieselben Gründe, welche hier vom bayerischen Standpunkt erhoben wurden, auch mitwirkend, wenn es sich um die preussischen Mitglieder handelt, die dem Landtag angehören. Es wäre sehr mißlich gewesen, zu gleicher Zeit, wo noch im Landtag die hochwichtigen Fragen der Provinzialordnung zur Debatte stehen, in der Reichs-Justizkommission die grundlegenden Prinzipien diskutieren zu müssen, welche gleich Anfangs bei dem Gerichtsorganisations-Gesetz herauspringen und weiter umgangen noch verschoben werden können. Im Civilprozeß können wesentliche Partien gleich in Angriff genommen werden, bei denen wenig Meinungsstreit sein wird, und mit vollem Recht hat die „N. A. Z.“ bei praktischen, überaus wichtigen Vortheil betont, daß die an das Politische und die Grundanschauungen der Justizpolitik sich hauptsächlich anknüpfenden Diskussionen und Entscheidungen erst vor sich gehen, wenn die Kommissionsmitglieder sich schon ein wenig „aneinander berathen haben“. Jeder, der Gelegenheit hatte, an größeren kommissionellen Geseßgebungsarbeiten mitzuwirken, muß die Richtigkeit dieser Bemerkung bestätigen.

* Berlin, 29. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Einführung des zum 1. Januar 1874 in's Leben getretenen Einheitstarifs für das Paketporto wurde von den Gegnern dieses, bezüglich der Taxvereinfachung jedenfalls unverkennbaren Fortschritts seiner Zeit vielfach mit der Anführung bekämpft, daß eine Abnahme in der Gesamtzahl der Pakete eintreten würde. Nach der jetzt vorliegenden Statistik sind im Jahre 1873: 34,899,102 Pakete, im Jahre 1874 dagegen, trotz des Rückganges im ganzen Geschäftsjahre, 40,067,776 Pakete durch die Reichspost versandt worden, mithin mehr: 5,168,674 Stück. Die Zahlen bedürfen keines weiteren Kommentars. Aber noch eine zweite Folge des neuen Tarifs verdient Beachtung. Der Paketversand hat naturgemäß einen Geldeausgleich im Gefolge und so sind im Jahre 1874 im Wege der Postanweisung 227 1/2 Million Thaler, anstatt 165 1/2 Million des Vorjahres, übermittelt worden.

□ Berlin, 30. März. Die Nachrichten über das Bestehen des Kaisers lauten andauernd sehr günstig. Schon seit mehreren Tagen sind auch die letzten Spuren des jüngsten Unwohlseins verschwunden. Doch beobachtet Se. Majestät auf ärztlichen Rath, zumal bei der jetzigen unbeständigen und wechselvollen Witterung, noch immer sorgsame Schonungsmaßregeln. — Der Reichskanzler Fürst v. Bismarck ist am Samstag Nachmittag in Begleitung seiner Gemahlin von hier nach seinen launenburgischen Besitzungen abgereist. Wie verlautet, wird derselbe morgen nach Berlin zurückkehren, um hier am 1. April seinen Geburtstag zu feiern. Die in einem Theil der Presse unlaufenden Nachrichten über weitere Reisepläne des Fürsten Bismarck und über dessen an-

geblich schon festgesetzte Beteiligung an der Reise des Kaisers nach Italien beruhen auf Konjekturen. In Bezug auf den Besuch, welchen Kaiser Wilhelm dem König Viktor Emanuel möglichst in diesem Frühjahr abzustatten gedenkt, sind noch gar keine näheren Bestimmungen getroffen. — Unter dem Vorsitz des Vice-Ministerpräsidenten, Finanzministers Campagna, vereinigte sich heute Mittag das Staatsministerium zu einer Berathung.

* **Strasbourg, 30. März.** Aus dem seit Wochen herrschenden vollständigen Verlegen äußerer Verlautbarungen über die hiesige Stadterweiterungs-Angelegenheit wird, wie man uns versichert, von einigen Seiten mit Unrecht der Schluß gezogen, diese wichtige Angelegenheit sei ins Stocken oder gar in eine rückgängige Bewegung gerathen. Von Berlin aus soll namentlich der Vertretung der städtischen Interessen wie früher so auch jetzt und in zahlreichen Detailfragen das bereitwilligste Entgegenkommen bewiesen worden sein. Die Frist, in welcher das Nähere bekannt werden wird, dürfte jedenfalls nur mehr nach Wochen zu bemessen sein. — Die Vorstände und Angehörigen der protestantischen Landeskirche haben mit Befriedigung einen Erlass des Oberpräsidenten begrüßt, durch welchen der Beschluß vom April 1871, demzufolge Schülerinnen schon im 13. Lebensjahre die Schule zu verlassen hatten, aufgehoben und dem früheren zweckmäßigen Gebrauche wieder Eingang gestatten wird, daß die Mädchen bis zu ihrer Konfirmation im 14. Lebensjahre die Schule zu besuchen haben. Das Konfistorium macht, daran anknüpfend, fortan den Schulbesuch bis zur Einsegnung zur Pflicht der weiblichen Jugend. — Zur gänzlichen Erneuerung des hiesigen Gewerbegerichts (Conseil des Prud' hommes) finden kommenden Sonntag allgemeine Wahlen durch die betr. Meister, Vorsteher von Werkstätten, Aufseher und Arbeiter statt. Die Wählerverzeichnisse stützen sich wie die ganze Einrichtung auf ein Gesetz vom 17. Mai 1813.

München, 29. März. (Allg. Ztg.) Die Ausfertigung des königl. Dekrets, durch welches Hr. Generalleutnant v. Nailinger zum Staatsrath im ordentlichen Dienst und zum Kriegsminister ernannt wird, ist nunmehr erfolgt. Derselbe wird in den ersten Tagen der kommenden Woche die Leitung des Kriegsministeriums übernehmen. — Wie wir vernehmen, wird die italienische Gesandtschaft in Stuttgart im Lauf der nächsten Monate eingezogen und dann der Gesandte Italiens an unsern königl. Hof, wie in Darmstadt, so auch gleichzeitig am königl. württembergischen Hof beglaubigt werden. Der ehemalige italienische Gesandte dahier, Graf Greppi, ist übrigens für den Gesandtschaftsposten in Madrid designirt.

□ **Aus dem Großherzogthum Hessen, 30. März.** Wähler sich die Großh. Handelskammer in ihrer jüngsten Sitzung am 23. d. mit aller Energie für die Errichtung einer Reichsbank-Filiale in Darmstadt erklärt, verbreitet sich so eben die Nachricht, daß sich der Bundesrath aus Gründen, die man im großen Ganzen nicht anerkennen muß, für Mainz entschieden hat. Es verlautet nun, daß die Handelskammer, die sich bezüglich dieser Frage nun mit der Regierung in Kommunikation gesetzt, in den nächsten Tagen wieder zusammentreten und die Schritte beraten werde, die etwa noch zur Abwendung der Gefahr direkt beim Bundesrath gethan werden könnten. — In Offenbach, das sich von jeher in freireligiöser Beziehung ausgezeichnet, wird so eben eine Adresse an den „Gefangenen im Vatikan“ in Zirkulation gesetzt. Die ultramontanen Kolporteurs sollen aber, wenigstens in der Stadt, sehr schlechte Geschäfte machen.

Oesterreichische Monarchie.

□ **Wien, 30. März.** Die St. Petersburger Konferenz (die Fortsetzung der Brüsseler) scheint definitiv aufgegeben zu sein. Es wird einfach keine Einladung zu ihrer Besichtigung erfolgen.

Frankreich.

△ **Paris, 28. März.** Edgar Duinet war erst vor drei Tagen durch eine Grippe genöthigt, das Bett zu hüten; am Donnerstag trat eine Gehirnentzündung hinzu und bald darauf war er von den Aerzten aufgegeben. Er selbst glaubte bis zur letzten Stunde an eine nahe Wiederherstellung und gestern früh, während vier seiner Freunde an seinem Lager leise mit den Aerzten plauderten, richtete Duinet sich auf und sagte zu seiner Frau: „Laß ein Nachtmahl bereiten, unsere Freunde müssen hungrig sein und ich selbst will das Mahl mit ihnen theilen.“ Zehn Minuten darauf war er verschieden. In einem sehr gediegenen Nekrologe, welchen die „Republique française“ ihrem Parteigenossen widmet, citirt sie folgende merkwürdig prophetischen Worte, die Edgar Duinet im Jahr 1831, kurz nachdem er von der Heidelberger Universität nach Frankreich zurückgekehrt war, geschrieben hat:

Seit dem Niedergang des Mittelalters ist die Kraft und die Initiative der germanischen Staaten; wie die ganze Bewegung der Civilisation, von Süden nach Norden gegangen. Darum ist es Preußen, aus welchem der Norden jetzt sein Werkzeug zu machen beflissen ist. Ja wohl, und wenn man ihn gesehen ließe, würde er es langsam und von rückwärts dahin drängen, das alte Königreich Frankreich umzubringen. Wir dürfen nicht vergessen, daß die durch den westphälischen Frieden geschlagene Wunde und die Abtretung der Provinzen Elsaß und Lothringen noch heute das Herz Deutschlands bluten machen, gerade so stark wie die Verträge von 1815 das Herz Frankreichs. Bei einem Volke, welches seine Erinnerungen so lange wiederholt, bildet eine solche Wunde den Grund aller seiner Entwürfe und all' seines Grolls. Dieses Gebiet Frankreich wieder zu entreißen, das ist der Gemeinplatz des nationalen Ehrgeizes.

Paris, 28. März. (Köln. Ztg.) Sollte die unftörbare Mäßigung des Hrn. Gambetta dennoch ihre Grenze erreicht haben? Man sollte es fast glauben, wenn man sieht, wie sein Organ von der auffallendsten Schonung des Ministeriums plötzlich zu bitteren Vorwürfen übergeht. Das Blatt sagt: „Der Minister des Innern wird so viele Fehler machen, daß man schließlich die Meinung verlieren wird, die man

von seinem Talente hegte.“ Dann fügt es hinzu, Hr. Buffet sei unfähig, eine Politik zu begreifen, er bleibe ein reaktionärer Esel. Es scheint, die Stunde der großen Enttäuschungen ist gekommen, und der Exdiktator findet es vorzichtig, nicht länger die Radikalen zu ärgern, die sich über seinen orleanistisch-republikanischen Feldzug sehr beschwerten. Es hat zwischen den Führern der radikalen Partei ziemlich lebhaftes Scenen gegeben, anlässlich der Haltung, welche die „Republique française“ angenommen hatte. Man hat bei dieser Gelegenheit an die Verbindung erinnert, die noch zwischen den Hrn. Gambetta und Laurier besteht. Auch hat die Mäßigung des Hauptorgans des Radikalismus mehrere Municipalsräthe von Paris verstimmt, und die Vorwürfe dieser letzteren werden eine Wendung in der Haltung der „Republ. française“ bewirken; sie wird damit enden, das Ministerium anzugreifen, dessen Antritt sie mit so großer Lebhaftigkeit begrüßt hatte.

* **Paris, 29. März.** Der „Moniteur“ enthält folgende auffallende Mittheilung: „Wir theilten bereits mit, daß die Deputirten der verschiedenen Gruppen der Linken bei dem Minister des Innern, Hrn. Buffet, Schritte gethan, um ihn zu bestimmen, daß er seine Präfectenveränderung im konstitutionellen, d. h. im anti-bonapartistischen Sinne vornehmen möge, und fügten hinzu, daß diese Schritte wenig Aussicht auf Erfolg hätten. Man versichert heute, daß Hr. Buffet auf ein Gesuch dieser Art, welches fünf Deputirte der Haute-Garonne an ihn richteten, ihnen die politischen Gründe auseinandersetzte, welche ihn nöthigten, auf der Nichtschuur zu beharren, die er der Nationalversammlung sofort nach der Uebernahme des Rabinet's angedeutet habe. Nach der Meinung Buffet's ist es unmöglich, das Verwaltungspersonal ernstlich zu mobilisiren, wenn man nicht Verwirrung in das Land werfen will. Dieses Personal habe bei seinem Auftreten, das man ihm zum Vorwurf mache, nur die ihm gewordene Instruktion befolgt, und Hr. Buffet will, insofern es ihn betrifft, die Beamten nicht bestrafen oder tadeln, weil sie den von seinen Vorgängern gegebenen Befehlen gehorcht haben. Mit einem Worte, der Minister des Innern glaubt, daß die jetzigen Präfecten mit wenigen Ausnahmen im Amte bleiben können und müssen, und daß, um den Nothwendigkeiten des Augenblicks Genugthuung zu geben, es genüge, die Departmentalverwaltungen sehr klare, sehr bestimmte Weisungen über das Auftreten zu geben, welches sie der neuen, von den Staatsgezeugen geschaffenen Ordnung der Dinge gegenüber zu befolgen haben. Nach dieser Zusammenkunft gaben die Deputirten der Haute-Garonne ihren Kollegen vom linken Centrum und der Linken Kenntniß von den Gefinnungen des Ministers, und es wurde beschlossen, die erste Gelegenheit, wahrscheinlich die Sitzung des ständigen Ausschusses am nächsten Donnerstag, zu benutzen, um dem Minister zu erklären, daß die konstitutionelle Majorität der Nationalversammlung keine Schwierigkeit mache, um mit ihm anzuerkennen, daß der häufige Präfectenwechsel den Interessen des Dienstes und selbst denen der Bevölkerung schade; daß jedoch in dem vorliegenden Falle ein zu fühlbarer Unterschied zwischen einer aus der Politik vom 24. Mai hervorgegangenen Verwaltung und der bestände, welche die gemäßigten Meinungen von einer Regierung erwarten können, die damit betraut sei, die am 25. Februar geschaffenen Staatsgezeuge in Ausführung zu bringen. Wenn man allenfalls zulassen könne, daß die Beamten von den Wechselfällen der Politik unberührt seien, so müsse man wenigstens Vorbehalte für die machen, welche ihre Erhebung nicht ihren Diensten, sondern einfach dem mehr oder weniger großen Antheil verdanken, den sie an der parlamentarischen Bewegung vom 24. Mai genommen haben. So ist, glauben wir, die Lage. Für den Augenblick beschränken wir uns, sie anzudeuten, indem wir den Wunsch ausdrücken, daß das Einverständnis zwischen dem Ministerium und den verschiedenen Bruchtheilen der Majorität erhalten bleiben möge. Hr. Buffet widersteht der Ungebuld des linken Centrums; darin handelt er seinem ministeriellen Programm gemäß, aber er darf nicht den Widerstand mit dem Nichtsthum verwechseln.“

△ **Paris, 30. März.** Offiziös wird auf dem seltsamen Umwege über Rom gemeldet, daß Frankreich sich endlich entschlossen hätte, der Berner Postunion beizutreten, auf den Portosatz von 30 Centimes für Briefe von 15 Grammen und auf den internationalen Transit einzugehen. — Hr. von Gontaut-Biron wird noch im Laufe dieser Woche nach seinem Berliner Botschaftsposten zurückkehren.

Spanien.

— Don Carlos läßt sich weder durch Cabrera's Manifest, noch durch die Weigerung der Vertreter der vier karlistischen Provinzen, ihm ferner noch Geld zu geben, einschüchtern. Nachrichten aus Santander zufolge steht der Präsident gegenwärtig mit 14 Bataillonen und Artillerie, zusammen etwa neuntausend Mann, in Biscaya, um von dort aus nach den Küstendistrikten der Provinzen Santander und Asturien vorzudringen. Zur Abwehr des Angriff's konzentriren die Altonstisten eiligt Truppen in den bedrohten Gegenden. General Yoma ist aus San Sebastian herbeigezogen, um über die zum Widerstand bestimmten Heereskräfte in Santander den Oberbefehl zu übernehmen; von Süden rückt General Villegas längs der dortigen Bahnhöfen ebenfalls heran. Daß Don Carlos seinerseits entschlossen ist, mit den Cabreristen kurzen Prozeß zu machen, beweist ein von ihm erlassener Befehl, jeden Verbreiter des Cabrera'schen Manifestes ohne Weiteres zu erschließen.

Rußland.

†† **St. Petersburg, 29. März.** Die zur Vorberathung des zu erlassenden Arbeiter-Reglements niedergesetzte Kommission hat ihre Berathungen beendet und wird morgen ihre Schlußsitzung halten. Die durchberathenen Gesetzentwürfe werden dem Reichsrath vorgelegt werden, sobald das erläuternde Material geordnet und gedruckt ist.

— Das „Journal de St. Petersburg“ in seiner poli-

tischen Ueberschau vom 25. d. M. bespricht die gerichtliche Beurtheilung des Redakteurs der „Kreuzzeitung“ wegen Verleumdung des Evangelischen Oberkirchenraths und nimmt daraus Veranlassung, die Thätigkeit der Vertreter des fälschlich sog. konservativen Prinzips, der H. v. Gerlach, und Nathusius, als staatsfeindlich näher zu beleuchten. Der Artikel schließt mit der Bemerkung, daß es Pflicht der Regierung sei, gerade den Anfeindungen gegen die Gesetzgebung auf kirchlichem Gebiet ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, weil dieselben auf den weniger gebildeten Theil der Bevölkerung berechnet seien und eine Aufregung hervorrufen, welche zur Folge habe, daß die so tief im preussischen Volke wurzelnde Achtung vor dem Gesetz nach und nach untergraben würde.

Großbritannien.

** **London, 28. März.** Der Kollege des Professors Janczetz in der parlamentarischen Vertretung des hauptstädtischen Bezirks Hackney, Herr John Holms, hat unter dem Titel „Army Reforms“ eine kleine Schrift herausgegeben, in der kurz die Umgestaltungsversuche beschrieben werden, zu welchen die kontinentalen Kriege seit 1866 England veranlaßt haben. Als Vorbild für zukünftige Reformen wird die preussische Armee-Organisation aufgestellt. Trozdem Herr Holms ein Radikaler ist, kann er seinen Parteigenossen, welche stets auf Verminderung des englischen Heeres drängen, nicht bestimmen. „Ich würde sehr gern“ — sagt er in der Vorrede — „die Abschaffung unseres stehenden Heeres befürworten und den Schutz unseres Landes einzig in unserer Flotte suchen. Aber wenn ich die Anstrengungen Rußlands, Frankreichs und Deutschlands zur Vermehrung ihrer Flotten betrachte, wenn ich ferner erwäge, zu welchen Arbeiten unsere auf der ganzen Erde zerstreuten Besatzungen unsere Marine aufrufen könnten, so meine ich, dürfen wir trotz aller friedfertigen Neigungen doch als Wächter unserer Ehre und Sicherheit uns nicht auf eine einzige Vertheidigungsart (zur See) verlassen. Wir müssen deshalb unser Heer so stark und so ausbehnungsfähig wie möglich erhalten. Erfüllt unser Heer diese Bedingungen?“ Diese Frage glaubt der Verfasser verneinend beantwortet zu müssen. „Die Warnung, welche uns der Feldzug von 1866 gab, ging wirkungslos vorüber. Im Jahr 1870 zeigten uns die Herbstmandate, daß wir kaum im Stande waren, 40,000 Mann in Kriegsbereitschaft außer Landes zu schicken. Und dabei verwandten wir auf unsere heimischen, kolonialen und indischen Truppen die riesige Summe von 34,000,000 £ (680 Millionen Mark), während die Kosten der deutschen, französischen und österreichischen Heere zusammen nur 32,450,000 £ betragen und unsere Mannschaft kaum ein Viertel der ihrigen ausmachte.“ Nach einer Kritik von Cardwell's Reformen stellt Holms seinen eigenen Plan auf. Derselbe umfaßt zwei Punkte: 1) die Schaffung einer zwei- bis dreijährigen Dienstzeit unter den Waffen, gefolgt von einer längeren Reserve, und 2) eine bessere Organisation, die sich an die Einrichtung der preussischen Armee-corpora anlehnen soll. Letztere betrachtet er als die einzige vernunftgemäße Eintheilung. Das Heer soll nach seiner Ansicht aus fünf bis sechs detachirten Körpern bestehen, welche vollständig in sich selbst seien und Infanterie, Kavallerie und Artillerie einschließen. Jeder dieser Heereskörper werde von einem Generalleutnant befehligt, auf dem die volle Verantwortlichkeit für das Corps ruhe. Auf diese Weise bilde sich unter den verschiedenen Corpsführern ein gewisser Wettstreit aus, dessen das englische Heer bis jetzt ermangle. Zum Schluß beziffert Holms das dazu erforderliche Budget auf 10,400,400 £ jährlich und die Stärke des dadurch erhaltenen Heeres auf 88,000 Mann, welche nach einem Zeitraum von zwölf Jahren sich sofort auf 250,000 Mann vermehren ließen, abgesehen von 170,000 Freiwilligen und 10,000 Mann Yeomanry. In militärischen Kreisen soll die Schrift durch ihre Klarheit und ihre praktische Bedeutung großes Aufsehen machen.

†† **London, 29. März.** Der Gouverneur des westlichen Theils von Griqualand (Theil von Frei-Kapfaria in der Kapkolonie) hat, wie gerüchtheilte verlautet, angezeigt, daß ein weißer Reisender in Zentralafrika ermordet worden ist. Der Name des Reisenden ist nicht bekannt.

China.

— Ueber den Thronwechsel in China, bezüglich dessen bisher nur kurze telegraphische Meldungen vorlagen, wird der „Köln. Ztg.“ jetzt aus Schanghai vom 4. Februar brieflich Näheres mitgetheilt. „Die Frage der chinesischen Thronfolge“ so heißt es in der betreffenden Korrespondenz, „ist innerhalb des Palastes in Pekung auf schnelle und friedliche Weise gelöst worden. Mit Uebergehung derjenigen Mitglieder der kaiserlichen Verwandtschaft, welche das Gerücht zuerst nannte, ist die Wahl auf den Sohn des Prinzen Tschun, eines jüngeren Bruders der Prinzen Tun und Kung, gefallen. Der neue Inhaber des Drachen-Thrones ist ein ungefähr vierjähriger Knabe, Namens Tsei tien; der Name seiner Regierungsperiode ist Kwang Sü, oder wird es vielmehr sein, denn das erste Jahr Kwang Sü beginnt übermorgen mit dem neuen Jahre. Um die verschiedenen Verwandtschaftsgrade auf leicht faßliche Weise vorzuführen, bemerke ich, daß der neue Kaiser der Better des letztverstorbenen Kaisers Töng Tschie (Tung Chih), der Neffe des vorletzten 1861 gestorbenen Kaisers Hienfeng und, gleich seinem Vorgänger, der Enkel des 1850 verstorbenen Kaisers Tao Kwang ist. Welche Gründe bei der Wahl den Ausschlag gegeben haben, kann nur vermuthet werden. Allgemein aber betrachtet man sie als einen großen Erfolg der beiden alten Kaiserinnen-Mütter und des Prinzen Kung, da die beiden Ersten wieder während der langen Minderjährigkeit Regentinnen sein werden, und der Letztere wieder ihr Rathgeber sein und an der Spitze der Verwaltung stehen wird. Der Enkel des Prinzen Tun ist mutmaßlich dem größeren Einfluß des Prinzen Kung erlegen, und der Sohn des letzteren ist wahrscheinlich nicht gewählt worden, weil der Umstand, daß er und der verstorbene Kaiser eines Alters waren,

Todesanzeige.
P. 987. Karlsruhe. Heute Nacht 2 Uhr verschied nach stägigem schweren Leiden in Folge eines Schlaganfalles unsere geliebte Mutter und Schwiegermutter

Frau Elise Fischer,
geb. Mampel,
Wittwe des Großh. Baudirektors Friedrich Fischer.
Wir bitten um stille Theilnahme.
Karlsruhe, den 31. März 1875.
Jda Fischer,
Natalie Belten,
geb. Fischer.
Adolphine Heiß,
geb. Fischer.
Stephanie Fischer,
Kunsthändler.
Herrmann Heiß, Kreisgerichts Rath.

Todesanzeige.
P. 984. Baden. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern lieben Vater, Schwiegervater und Großvater

Wilhelm Bulster,
Großh. Oberamtsrichter a. D., im 72. Lebensjahre nach kurzer Krankheit gestern Abend 8 Uhr in die ewige Heimath abzurufen; wovon wir entfernte Verwandte und Bekannte mit der Bitte um stille Theilnahme in Kenntniß setzen.
Baden, den 30. März 1875.
Namens der Hinterbliebenen:
Helene Bulster, geb. Fischer.
Wilhelm Bulster, Großh. Oberamtsrichter.

Geburtsanzeige.
P. 986. Minden. Die glückliche Entbindung seiner lieben Frau von einem gesunden Knaben beehrt sich anzugeben.
Minden, den 27. März 1875.
von Kalinowski,
Hauptmann und Compagniechef 6. Westfälischen Infanterie-Regts. Nr. 55.

Ein Segen für die Menschheit.
Die Erfindung meiner Kabinatur zur Heilung der Trunksucht, welche mit, auch ohne Wissen des Kranken vollzogen werden kann, ohne der Gesundheit zu schaden. Tausende schon geheilt! Aufträge richtet man an

Theodor Konegny,
Drogist in Guben.
P. 948. 4. In der concessionirten Vorbereitung von Anstalt zum Einjährig-Freiwilligen-Examen zu Freiburg in Baden - Eisenbahnstraße 58, nächst Hotel Victoria - finden auch Vorbereitungen zu Cadetten- und Advantagur-Examen statt. Diese Anstalt steht unter Leitung eines Preussischen Offiziers a. D., beginnt ihre Kurse stets am 1. April und 1. October; nimmt jedoch, bei vorhandenen Vorkenntnissen, auch Etwas innerhalb derselben auf respektive in Person - und übersendet auf Anfragen Programme.

Gesuch.
P. 985. Ein Militär-Offizier, welcher schon als Deloist bei einer Baunspedition und bei einem Rechnungsführer verwendet war, sucht auf diesem Wege Beschäftigung. Gefällige Offerten beliebe man bei der Expedition der Karlsruher Zeitung abzugeben.

Triberg.
P. 974. 1. Ich suche eine Stelle als Deloist und kann gute Zeugnisse vorweisen.
August Heller.

Gesucht eine zuverlässige Person, welche selbständig lochen kann und sich auch der Hausarbeit unterzieht. Adresse bei der Expedition dieses Blattes.
P. 896. 3.

Kellner-Jahres-Stelle zu besetzen.
P. 937. 2. Offenburg. sogleich durch einen ordentlichen künftigen aus der Lehre getretenen jungen Mann bei G. Pfahler z. Fortuna, Offenburg.

H. Kulsheimer,
Pforzheim.
verkauft eine im besten Zustand gut conservirte liegende Dampfmaschine nebst Kessel und 2 Bormäcker sehr billig. P. 920. 2.

P. 770. 2. In der Herder'schen Verlagsbuchhandlung in Freiburg ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
Lauterer, Dr. J., Excursions-Flora für Freiburg
und seine Umgebung (von Laub bis Sträucher, vom Rhein bis St. Blasien, Reustadt und Triberg). Zum Bestimmen der Pflanzen angeordnet und mit einer Uebersicht der geologischen Verhältnisse versehen. Mit Illustrationen. 129. (LXXVIII a. 224 S.) Großformat N. 2., gebunden mit Karte der Landschaft Freiburg 6 Stunden im Umkreis M. 3. F. 602 Q.

P. 444. 6. Sie sind von folgenden Hypothekensbanken mit dem Verkauf ihrer Pfandbriefe beauftragt, und können die Stücke sofort bezogen werden:
5% Pfandbriefe der Oesterreichischen Boden-Credit-Anstalt in Wien.
5 & 4 1/2% dergl. der Frankfurter Hypothekensbank.
4 1/2 & 4% dergl. der Süddeutschen Boden-Credit-Bank in München.
5% dergl. der Preussischen Boden-Credit-Actien-Bank in Berlin.
Karlsruhe und Baden-Baden
G. Müller & Cons.

Badische Bank.
P. 884. 2. Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß wir in Folge des Reichsgesetzes vom 21. Dezember 1874 sowohl die auf **zehn Gulden** als die auf **fünfzig Gulden** lautenden Noten unserer Bank einrufen. Die Inhaber dieser Noten werden hiermit aufgefordert, dieselben **bis spätestens 1. Oktober dieses Jahres** entweder an unserer Kasse in Mannheim oder an der Kasse unserer Filiale in Karlsruhe, bei letzterer eventuell mit zweitägiger Einlösungssfrist, an den Werttagen **Morgens von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags 3 " 5** zur Einlösung gegen baares Geld oder zum Umtausch gegen Hundert-Mark-Noten unserer Bank einzureichen. Für die innerhalb dieser Frist nicht eingelieferten Banknoten hört die ordentliche Einlösungspflicht (Art. 24 der Statuten) auf, sie verlieren ihre Eigenschaft als Banknoten, behalten jedoch die Kraft einfacher Schuldscheine auf Inhaber. Das Forderungsrecht aus denselben verjährt in fünf Jahren von dem Tage an gerechnet, an welchem die ordentliche Einlösungspflicht aufgehört hat.
Mannheim, den 17. März 1875.
Direction der Badischen Bank.

P. 975. 1. Mannheim.
Deutsche Seehandlung, Mannheim.
Zufolge des Art. 33 der Statuten beehren wir uns die Herren Aktionäre der Deutschen Seehandlung zu der **Donnerstag den 29. April, Vormittags 10 Uhr**, im Geschäftszitate der Gesellschaft in Mannheim stattfindenden **ordentlichen General-Versammlung** ergebenst einzuladen. Tagesordnung Art. 33 der Statuten. Bezüglich der Stimmberechtigung wird auf Art. 31 und 32 der Statuten hingewiesen.
Mannheim, den 30. März 1875.
Der Aufsichtsrath.

P. 908. 2. Ottersweier.
Empfehlung an Dampfwerkbesitzer.
Mechaniker S. Doll in Ottersweier empfiehlt sich, die durch Großh. Handelsministerium verordneten und durch die Inspektion des Mannheimer Ueberwachungsvereins vorgeschriebenen - zweite Explosumpen, Manometerbahnen und Rückschlagventile, sowie Alles was sonst noch die Ausrüstung der Dampfmaschinen betrifft, mit Garantie und billig herzustellen.

Stelle-Gesuch.
P. 938. 2. Ein junger Mann, der seither als Commis in einem Cigarrengeschäfte, woselbst er auch kleinere Touren beforderte, thätig war, sucht unter günstigen Bedingungen Stellung, gleichviel welcher Branche. Offerten sub A K bezieht die Expedition dieses Blattes.

Agent für Karlsruhe und Umgegend Weinhandlung
für eine in Mainz gesucht. Offerten sub J. K. 4700 bezieht die Annoncen-Exped. von D. Frenzin Mainz. P. 865. 3

Die Strohhutfabrik
von Jos. Kaiser & Co. in Furtwangen, bad. Schwarzwald, empfiehlt ihr reichhaltiges Lager in Stroh-, Palm-, Panama-, Pferdehaar-, Späterin-, Spahn-, (Abkrugen)-Hüten für Herren, Knaben, Damen, Mädchen und Kinder, neuerer Façon; künstliche Blumen, Hutbänder, Federhüte, sowie sämtliche Garnituren für Strohhüte zu den billigsten En-gros-Preisen. Das Waschen und Reinigen alter Hüte wird rasch und billig beforat. P. 633. 4

P. 878. 2. Krankheitshalber ist ein in bestem Gang befindliches rentables **Kurz- und Mercerie-Geschäft en gros** sofort zu verkaufen und bietet dessen Uebernahme ein bis zwei Herren mit den nöthigen Mitteln geklärt. Erläuterung in angenehmer Stadt. Gest. Offerten sind unter Chiffre F 531 Q der Annoncen-Expedition von Haussenstein & Vogler in Freiburg (Baden) einzulösen.

Asphalt-Verlag, Dachpappen-Fabrik.
J. P. Schmenger in Offenbach a. Main. P. 931. 2.
P. 925. 2. Pforzheim.
Zu verkaufen eine vollständige Bierbrauereianrichtung, bestehend aus:
1 kupfernen Bierkessel, 1380 Liter enthaltend,
1 kupferne Bierpumpe,
1 eisernen noch neuen Kühlschiff,
1 kupfernen Brauwärmeapparat, 84 Maß haltend,
1 Backmühle,
verschiedene Faß- und Bandgeschirr.
Die Gegenstände können täglich eingesehen werden.
Pforzheim im März 1875.
F. Schupp,
Baunternehmer.

P. 927. 2. Pforzheim.
Bekanntmachung
Die Abhaltung der Viehmärkte in hiesiger Stadt betreffend. Der Viehmärkte, welcher bisher auf dem Marktplatz hier abgehalten wurde, wird nunmehr in den **alten Holzgarten** (nächst der Altkäfer Brücke) verlegt und findet erstmalig **am Montag den 5. April d. J.** daselbst statt. Dies bringen wir zur allseitigen Kenntniß.
Pforzheim, den 24. März 1875.
Gemeinderath.
Schmidt. Frey.

P. 987. 2. Karlsruhe. Schreibstube des Hrn. Kleinklaus, Notar in Hagenau. Aus freier Hand zu verkaufen. Ein zu Hagenau vor dem Sieckhöfgen Thor, zu unmittelbarer Nähe des Eisenbahnhofs gelegenes Anwesen, bekannt unter der Benennung Jungfrau oder Belle-Vue, mit großen Gebäulichkeiten, bestehend in Wohnhausung, Stallung, Hopfenbarre, große Hopfenmagazine, nebst Hof und Gartenanlagen, das Ganze von einem Flächenmaß von 61 Aren 22 Centiare. Näheres bei unterzeichnetem Notar. Kleinklaus, Notar. P. 943. 1. Baden.
Haus-Versteigerung
Am Samstag den 17. April d. J. Nachmittags 3 Uhr lassen die Auktion der Johann Rister, geb. Spändler, nachstehende Pflanzung auf dem Marktplatz dahier öffentlich zum Kaufe ansetzen:
Plan 2, G.-Nr. 180.
- Nr 90 Meter = 10,0 Rthn. Dorfstraße,
4 " 59 " = 51,0 " Hausgarten,
1 " 18 " = 13,1 " Weinberg,
6 Nr 67 Meter = 74,1 Rthn. (Schloßhofen Nr. 4) erbaut ist, angrenzend einerseits Gemeinde, andererseits Ludwig Hüter, Tapezier, angehängt zu 10,000 fl. (Zehntausend Gulden) wozu die Pflanzung eingeladen werden. Das Ganze bildet ein geschlossenes Gut und liegt in der Nähe des neuen Schloßes. Die Bedingungen können bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.
Baden, den 24. März 1875.
Der Beauftragte:
A. Sulzer, Notar.

P. 841. 2. Nr. 124. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Ans der 285 Revizischen Stiftung in Mosbach ist aus den Jahren 1873 und 74 je eine Brantgabe von Einhundert zwei und siebenzig Mark verfügbar geworden. Laut der Stiftungs-Urkunde sollen in erster Reihe Verwandte des Stifters, sodann Löhner von israelitischen Schriftgelehrten, endlich Verwalter vorzugsweise bedürftig sein.
Die hiernach anspruchsberechtigten Bewerberinnen werden aufgefordert, ihre Gesuche unter Anschließung amtlicher Zeugnisse über ihre etwaige Verwandtschaft mit dem Stifter, über ihre Vermögens- und Familienverhältnisse, über ihren fütigen Lebenswandel, sowie über ihr bereits eingegangenes Eheverhältniß binnen 6 Wochen bei der Bezirks-Synagoge Mosbach einzureichen.
Karlsruhe, den 12. März 1875.
Großh. Oberath der Jraeliten.
Der Ministerial-Commissar:
Josa. Willstätter.

P. 981. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Die theologische Hauptprüfung im Frühjahr 1875 betr. Der Antrag der diesjährigen Prüfungsprüfung der Kandidaten der evang. Theologie wird auf **Dienstag den 15 Juni d. J., Vormittags 9 Uhr,** festgesetzt. Diejenigen Kandidaten der Theologie, welche sich dieser Prüfung unterziehen wollen, haben sich unter Vorlage der erforderlichen Nachweise bei unterzeichneter Behörde zu melden.
Karlsruhe, den 23. März 1875.
Evang. Oberkirchenrath.
Rühlmann.

P. 906. 2. Nr. 1547. Karlsruhe.
Großh. Bad Staats-Eisenbahnen.
Bergebung von Hochbauarbeiten.
Die zur Erweiterung der Hauptwerkstätte auf hiesigem Bahnhof erforderlichen, nachverzeichneten Arbeiten, nämlich:
M. Pf.
1. Erd-, Maurer- und Steinmearbeit, veranschlagt zu 78659. -
2. Zimmerarbeit, veranschlagt zu 61638. 21
3. Schreinerarbeit, veranschlagt zu 745. 18
4. Glaserarbeit, veranschlagt zu 19661. 46
5. Schmiedarbeit, veranschlagt zu 132. -
6. Schlosserarbeit, veranschlagt zu 15908. 20
7. Blechmearbeit, veranschlagt zu 15789. 28
8. Schieferdeckarbeit, veranschlagt zu 19529. 29
9. Anstreicherarbeit, veranschlagt zu 3081. 23
zusammen zu 215188. 85
sollen höherer Anordnung gemäß im Wege schriftlichen Angebots in Accord gegeben werden.
Auftragende Uebernehmer wollen von den auf meinem Geschäftszimmer anliegenden Plänen, Vorschlägen und Accordbedingungen Einsicht nehmen und ihre befalligen Angebote, welche sowohl für die Uebernahme einzelner, als auch für die Uebernahme sämtlicher Arbeiten gestellt werden können, in Procenten des Voranschlags ausgebrücht, spätestens bis **Montag den 12. t. M., Vormittags 10 Uhr,** portofrei, versiegelt und mit empfindender Aufschrift versehen, ebenfalls selbst einreichen, Karlsruhe, den 23. März 1875.
Der Großh. Bezirksbauingenieur für den Bezirk Karlsruhe.
Möglisch.

P. 982. 1. Karlsruhe.
Mastvieh-Versteigerung.
Wittmoß den 7. April b. J. Nachmittags 3 Uhr, werden in Großherzoglicher Fasanerie: 6 Stück setze Hähnen und 1 Hühnchen öffentlich versteigert.
Karlsruhe, den 31. März 1875.
Großh. Ministerverwaltung.

P. 945. 2. Nr. 8811. Mannheim.
Bei diesseitigem Bezirksamt ist eine Auktionsstelle mit 600 fl. Gehalt sofort zu besetzen. Bewerber wollen ihre Zeugnisse innerhalb 14 Tagen hierher einreichen.
Mannheim, den 23. März 1875.
Großh. bad. Bezirksamt.
Gebting.

P. 705. 4. Ein selbständiger **Maschinenzeichner** findet dauernde Stellung in einer Eisenbahnbedarf-Fabrik. Gest. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche und Beilage einer Photographie nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

P. 979. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Den Bau der Eisenbahn von Bruchsal nach Germersheim, hier die Abtretung von Pflanzungen auf Gemerkung Bruchsal betreffend. Nach Vorschrift des Artikel 9 des Gesetzes vom 29. März 1838 (Regg.-Blatt von 1838 Nr. XIV) wird hiermit bekannt gemacht, daß folgende, zur Anlage der Eisenbahn von Bruchsal nach Germersheim auf Gemerkung Bruchsal erforderlichen Pflanzungen im öffentlichen Wege nicht erworben werden konnten, und zwar:

Nr.	Eigenthümer und deren Wohnort	Gewann	Kulturart	Flächenmaß des ganzen in die Anlage fallenden Theils			
				a.	Ar.	q.	Dr.
17	Josef Schmidt, Engeldwirth in Bruchsal	Stegwiese Rechts am Ziegelweg	Ader	3	69	3	62
18	Bernhard Weber Wth. von Bruchsal	Allda	Ader Garten	1	74	1	74
163	Johann Schleicher, Landwirth in Bruchsal	Am Sand	Ader	8	65	1	58

Karlsruhe, den 30. März 1875.
Der Vorstand der Expropriations-Kommission:
Cron.